Die Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Gemeinschaft (ComECE, Brüssel) gab am 9. Mai 2005 das Schreiben "Das Werden der Europäischen Union und die Verantwortung der Katholiken" heraus. Der Text wurde 2003/2004 von einer Gruppe von Theologen und Philosophen verfasst; er möchte, wie es in der Einführung (S. 3) heißt "Christen in der Union … einladen, ihre Verantwortung im Entwicklungsprozess der Europäischen Union wahrzunehmen". Aus diesem für ein christliches Verständnis Europas wichtigen Text werden nachstehend einige Auszüge wiedergegeben.

20. Die Methode der Solidarität und der Teilung von Souveränität

Der Anstoß zur Gründung Europas erfolgte mit dem Ziel einer "faktischen Solidarität". Unter Solidarität ist hier die Schaffung einer wirklichen Einheit in Achtung vor dem Gemeinwohl und auf der Grundlage der Gleichheit der Partner zu verstehen. Für die katholische Kirche liegt die Quelle der Solidarität im Sinn dieser Einheit übrigens im Herzen ihres Glaubens selbst. Solidarität ist also nicht als einseitige Herablassung der Reichen zu den Armen zu verstehen. Im spezifischen Kontext ihrer Epoche ging es der Schuman-Erklärung um eine Solidarität,

- die nicht durch die Nationalgrenzen eingeschränkt werden und den europäischen Staaten einen möglichen Weg zur Überwindung nationaler Blockaden weisen sollte;
- die Konsequenzen für die Verbesserung der Lebensverhältnisse der Arbeiter in allen beteiligten Staaten haben sollte;
- die nicht bei den vertragschließenden Parteien Halt machen, sondern die Pflicht Europas zur

Solidarität mit den anderen Völkern einbeziehen sollte.

Die Institutionen der Gemeinschaft stützen sich nicht in erster Linie auf das Prinzip der Stärke, sondern auf eine Solidarität, die den kleinen Nationen das gleiche Existenzrecht zuerkennt wie den großen. Die Methode der europäischen Integration ist die Solidarität. Sie setzt voraus, dass die größeren Staaten bei der Verteilung der Stimmen und Sitze in den Institutionen nicht auf der strikten Anwendung des Proportionalitätsprinzips bestehen, wohingegen die kleineren Staaten sich verpflichten, den Entscheidungsprozess nicht zu blockieren und die Union nicht zu lähmen ...

Dritter Teil

Wie können die Katholiken zum Aufbau Europas beitragen?

33. Speziell heute, nach dem Beitritt von zehn neuen Mitgliedstaaten, muss das Projekt der Europäischen Union in jenem Geist neu belebt werden, der an seinem Beginn 1950 wirksam war und der die Erfahrung des Jahres 1989 möglich gemacht hat.

Nachdem wir über diese beiden zentralen Zeitpunkte der europäischen Einigung reflektiert haben, müssen wir folgende Frage stellen: Wie sieht die Berufung der Union von heute aus? Ihre Neudefinition ist nicht allein die Sache von ein paar Verantwortungsträgern. Sie geht alle Bürger, alle Institutionen und alle Verbände unserer unterschiedlichen Länder an. Es gilt unter allen Umständen die Trennung zu überwinden, die zwischen den Eliten und der Masse der europäischen Bürger hat Platz greifen können. Wie können wir die Begeisterung unserer unterschiedlichen Völker für die europäische Sache und für die Idee der Brüderlichkeit unter allen wecken? Das ist die große Herausforderung, der wir uns heute stellen müssen.

Solche Fragen gehen alle Bürger der Union an. Die Katholiken haben keine "schlüsselfertigen" Lösungen für die genannten Herausforderungen anzubieten. Aber sie wissen sich als Erben einer alten Tradition, die den europäischen Kontinent besonders stark geprägt hat. In dieser Eigenschaft wissen die europäischen Katholiken als vollberechtigte Bürger auch, dass sie die Verantwortung haben, diese Tradition, die sich auf verschiedenen Ebenen entfaltet, lebendig zu halten. Zusammen mit den anderen Bürgern müssen sie Antworten auf Fragen finden, die jedermann stellt. Aber sie können dies auf ganz eigene Weise, von ihren eigenen geistigen Ressourcen her tun. Dass die Europäische Union zu einem erheblichen Teil ihrer Geschichte, Kultur und Geistigkeit die Erbin des Christentums ist, verleiht den Bürgern christlichen Bekenntnisses keinerlei Privilegien. Aber das heißt nicht, dass sie nicht das Recht hätten, sich am Aufbau des künftigen Europa zu beteiligen.

...

34. Die Bilanz der Geschichte, die wir in den ersten beiden Teilen unseres Textes unternommen haben, hat deutlich gemacht, dass die Europäische Union auf einem geistigen Fundament aufruhte, dessen Hauptbestandteile Verzeihen, Versöhnung, persönliches und gemeinsames Engagement in Gewaltlosigkeit sind.

Dies sind Haltungen, die keine persönliche Zugehörigkeit zum christlichen Glauben voraussetzen. Umgekehrt müssen wir mit Bedauern sagen, dass wir Christen nicht immer auf der Höhe dieser Forderungen sind, selbst wenn wir uns auf den Glauben an Christus berufen. Doch wir dürfen uns nicht von unserem eigenen Versagen einschüchtern lassen. Wir können nämlich auch feststellen, dass unser Bürgerengagement nicht das wäre, was es ist, wenn es sich nicht aus einer lebendigen spirituellen Erfahrung speiste. Der Wille, in einem konkreten Engagement für die Menschen unserer Umgebung durchzuhalten, verlangt eine starke Überzeugung von uns. Diese kann sich nur in einer spirituellen Grunderfahrung und in einer soliden Gewissensbildung formen.

Als wir Jünger Jesu von Nazareth wurden, sind wir damit nicht in eine politische Partei oder in einen Verein mit kulturellem Zweck eingetreten. Wir sind seine Jünger geworden, weil wir in ihm den von Israel ersehnten Messias erkannt haben, den von Johannes dem Täufer ausgerufenen Retter, den gekreuzigten und auferstandenen Herrn, den die Apostel in der ganzen Welt verkündigt haben. Der christliche Glaube als solcher fordert zu einer Bekehrungserfahrung auf. Und wir treten in die Fußstapfen Christi, um mit ihm und in ihm aus dem Tod in das Leben des Gottesreichs hinüber zu gehen.

Doch dass wir uns anschicken, in der Nachfolge Christi und in der Dynamik des Geistes, den er uns geschenkt hat, zu leben, macht uns nicht zu vaterlandslosen Gesellen. Wir bleiben ganz wesentlich Bürger unseres Landes oder des Landes, das uns aufgenommen hat. Die christliche Identität, die sakramentalen Charakters ist, gehört einer anderen Ordnung an als die bürgerliche Identität; sie steht

nicht im Widerspruch zu dieser. Wir träumen nicht davon, einen christlichen Staat im Staate zu bilden; wir wollen als gewissenhafte Bürger leben, gemäß der Mahnung des Apostels Paulus. ¹ Aber deshalb sind wir noch lange keine willfährigen Bürger: Wir wissen, dass die menschlichen Gesetze der Gerechtigkeit dienen sollen.

Mit anderen Worten: Der christliche Glaube verlangt nicht von uns, die Realitäten des Alltagslebens mit Verachtung zu strafen, vielmehr verpflichtet er uns, uns so redlich und ernsthaft wie nur möglich auf sie einzulassen. Jeder Jünger Christi ist aufgefordert, sich zum Diener seiner Brüder und Schwestern in der Menschheit zu machen, alle seine Gaben in den Dienst am Gemeinwohl des Ortes zu stellen, an dem er lebt ... ²

Röm 13,5: "Deshalb ist es notwendig, Gehorsam zu leisten, nicht allein aus Furcht vor der Strafe, sondern vor allem um des Gewissens willen."

Vgl. das Gleichnis von den Talenten: Mt 25,15 ff.